

Antragsteller/-in: Finn Rubin, CDU-Fraktion

Antrag der CDU-Fraktion im Rat der Stadt Oberhausen gemäß § 2 der Geschäftsordnung für den Rat der Stadt: „Sachstand zu Kürzungen im Bereich des SGB II (u.a. bei den Arbeitsgelegenheiten AGH) und Auswirkungen auf die Träger“

Beratungsfolge

03.12.2024

Sozialausschuss

Kenntnisnahme

Bezug**Sachverhalt**

- 1 Die geplanten Kürzungen im Bundeshaushalt 2025 für Eingliederungshilfen und öffentlich
- 2 geförderte Beschäftigung werden die Arbeit der Jobcenter erheblich beeinträchtigen. Nach
- 3 aktuellen Planungen sollen bundesweit massive jährliche Einsparungen bei den
- 4 Eingliederungs- und Verwaltungsmitteln erfolgen, was insbesondere Maßnahmen für
- 5 Langzeitarbeitslose trifft. Diese Einsparungen stehen im Widerspruch zu den von der
- 6 Bundesregierung formulierten Zielen des Bürgergeldes, das eine verbesserte Integration und
- 7 Unterstützung von Langzeitarbeitslosen versprechen sollte.

- 8 Die Kürzungen gefährden gezielt arbeitsmarktferne Menschen, die durch AGH ihre
- 9 Beschäftigungsfähigkeit wiedererlangen sollen. Lokale Träger wie die Kurbel, ZAQ und
- 10 Ruhrwerkstatt müssen zukünftig ihre Angebote reduzieren oder gar in Teilbereichen ganz
- 11 einstellen, was nicht nur Arbeitslose betrifft, sondern auch die soziale Infrastruktur der Stadt
- 12 schwächen wird.

- 13 Die Bundesregierung trägt die Verantwortung für diese Situation, da die Kürzungen
- 14 maßgeblich aus haushaltspolitischen Erwägungen resultieren und die Kommunen mit den
- 15 Folgen alleinlassen. Zudem führt die Umschichtung von Geldern innerhalb der Jobcenter zu
- 16 einem zusätzlichen Druck, der die Handlungsfähigkeit vor Ort einschränkt. Die Auswirkungen
- 17 dieser Politik werden zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheiten führen, die langfristig
- 18 höhere Kosten für die Kommunen bedeuten.

- 19 Mit diesen Kürzungen zeigt die Bundesregierung, dass das Bürgergeld nicht auf aktive
- 20 Arbeitsförderung abzielt. Statt den Weg in den Arbeitsmarkt zu ebnen, zementiert es die
- 21 Abhängigkeiten von staatlichen Leistungen und schafft Fehlanreize, die dem Wiedereinstieg
- 22 in Arbeit entgegenstehen.

Anlage/n

Keine